

(Ulrike Gote (GRÜNE): Schreiben Sie es doch rein!)

Herr Kollege Imhof hat sehr klar zum Ausdruck gebracht, dass im Dialog mit allen die Förderung von Sprachkursen stattfinden soll.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und FDP auf der Drucksache 16/16057 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind CSU und FDP. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 16/16056 mit der Änderung, dass zur Bundes- auch die Landesebene hinzukommt. Wer dem Antrag in dieser geänderten Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU-Fraktion, FDP-Fraktion, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist auch dieser Antrag angenommen.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 16/16040. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Wir haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 21.22 bis 21.27 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Zeit ist um. Ich bitte, die Stimmen außerhalb des Saales auszuzählen. Wir geben das Abstimmungsergebnis später bekannt.

Ich darf jetzt noch darauf hinweisen, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/16041 mit 16/16045 an die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen werden.

Meine Damen und Herren, ich bitte nun, die Plätze wieder einzunehmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Antrag der Abgeordneten Tobias Thalhammer, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion (FDP)
Gleichstellung von Realkompensation und Ersatzgeld bei naturschutzrechtlicher Eingriffsregelung (Drs. 16/15152)

Mir wurde signalisiert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch hierzu namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich gebe das hiermit bekannt.

(Georg Schmid (CSU): Wir können doch gleich abstimmen!)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Thalhammer das Wort.

(Harald Güller (SPD): Gib's ihnen! - Georg Schmid (CSU): Drei Sekunden! Tobi, reiß dich zusammen!)

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Naturschutzgesetz ist es so: Immer wenn eine Maßnahme zulasten der Natur getätigt wird, soll diese ersetzt oder ausgeglichen werden. Wir haben das Problem gerade im Großraum München. Die Stadt München lebt ja generell, aus dem Umland gesehen, so, dass gerade im Großraum München keine Flächen mehr zur Verfügung stehen. Man kennt das Thema auch in der bayerischen Landwirtschaft. Durch Flächenstilllegungen und teilweise überzogene Flächenausgleichsregelungen – ich erinnere nur an die unglaublich große Ausgleichsfläche, die man für den Bau eines Windrades darstellen muss – werden immer mehr Flächen aus der Nutzung genommen.

Das Bundesumweltministerium hat eine Studie hierzu in Auftrag gegeben, und Herr Professor Degenhart kam zu dem Ergebnis, dass es verfassungskonform sei, dass anstelle der Realkompensation auch eine Ersatzzahlung getätigt werden könnte.

Wir wollen mit diesem Antrag von Bayern aus ein Signal senden, dass das Ergebnis auch auf Bundesebene in die entsprechenden gesetzlichen Schritte umgesetzt werden sollte. Klar ist, dass dieses Ersatzgeld nicht zum Stopfen irgendwelcher Haushaltslöcher verwendet werden kann, sondern auch in Umweltschutzmaßnahmen fließen muss. Das ist eine neue Chance, die wir haben und mit der wir viele Schwierigkeiten hier und da bereinigen können. Deshalb werben wir um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei der FDP - Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)